

# Meilenstein, aber nicht Endstation

Die Wahlrechtsreform 2007 war Gegenstand eines Juristischen Workshops der Rechtssektion am 10. Jänner 2008.

**M**inisterialrat Mag. Robert Stein, Leiter der Abteilung Wahlangelegenheiten im Bundesministerium für Inneres, und sein Stellvertreter, Mag. Gregor Wenda, spannten in ihrem Vortrag den Bogen von der Entstehungsgeschichte des Wahlrechtsänderungsgesetzes 2007 bis zu einem wahlrechtlichen Ausblick in die Zukunft. Bereits im Regierungsübereinkommen im Jänner 2007 war deutlich erkennbar, dass in der angebrochenen Legislaturperiode eine große Wahlrechtsreform umzusetzen sein würde. Der rasche Startschuss führte allerdings dazu, dass noch im ersten Halbjahr 2007 die parla-



**Österreich ist das erste Land in Europa, das seinen Bürgern das Wählen ab dem 16. Lebensjahr ermöglicht.**

mentarische Behandlung abgeschlossen werden konnte, wodurch die weitreichenden Änderungen am 1. Juli 2007 in Kraft traten. Kernelemente der Reform waren unter anderem die Herabsetzung des Alters für die Ausübung

des aktiven und passiven Wahlrechts, die Einführung der Briefwahl im In- und Ausland, die Verlängerung der Legislaturperiode von vier auf fünf Jahre und die Ermöglichung der internationalen Wahlbeobachtung.

„Österreich ist das erste Land in Europa, das seinen Bürgerinnen und Bürgern bereits mit Vollendung des 16. Lebensjahres die Teilnahme an Wahlereignissen ermöglicht“, strich Abteilungsleiter Robert Stein hervor. So könne nun ab dem 16. Geburtstag an Nationalrats-, Bundespräsidenten-, Europa-, Landtags-, Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen teilgenommen werden, ebenso an Volksabstimmungen und Volksbegehren auf Bundesebene.

Ein Blick auf das Wahlalter in der Vergangenheit lasse erkennen, dass dieses seit 1918 kontinuierlich gesenkt worden sei.

Foto: EGON WEISSHEIMER

## INFRASTRUKTUROFFENSIVE "STRASSEN FÜR DIE ZUKUNFT" WIRD IN OÖ. FORTGESETZT

Im Jahr 2008 stehen insgesamt 191,8 Mio. Euro für den Straßenbau in Oberösterreich zur Verfügung. 90 Mio. Euro davon fließen in den Neubau von Landesstraßen, zeigt Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Hiesl auf. Seit einigen Jahren läuft eine umfangreiche Straßenbauinfrastrukturoffensive in Oberösterreich.

Durch die Infrastruktur-Offensive soll der Wirtschaftsstandort Oberösterreich weiter optimiert, zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen und die Voraussetzungen für die tausenden Pendler in Oberösterreich spürbar verbessert werden. Wir werden die Straßenbauoffensive "Straßen für die Zukunft" auch im Jahr 2008 fortsetzen.

Die Schwerpunkte im kommenden Jahr sind: Startschuss B 309 Steyrer Straße, Aus- und Neubau von Landesstraßen, Weitere Sanierung der A1 Westautobahn und Start für Ausbau der A 8 Innkreisautobahn.

### Straßenbauvorhaben mit 300 Mio. € werden begonnen

Wir werden auch in den kommenden Jahren in Oberösterreich die Straßenbauoffensive "Straßen für die Zukunft" fortsetzen. Wir werden weiter mit Nachdruck den Ausbau der Straßeninfrastruktur vorantreiben, kündigt Hiesl an. Sechs große Umfahrungsstraßen mit Gesamtkosten von rund 190 Mio. Euro sind derzeit in Bau, bis 2009 wollen wir weitere wichtige Umfahrungsstraßen mit Gesamtkosten von rund 300 Mio. Euro beginnen, so Hiesl.

### Wichtige in Bau befindliche Umfahrungsstraßen

Umfahrung Schwanenstadt 56,5 Mio. €  
 Umfahrung Traunkirchen 60,5 Mio. €  
 Umfahrung Grünburg 51,0 Mio. €  
 Zubringer Münzbach Teil I 13,9 Mio. €  
 Umfahrung Altheim Ost 5,3 Mio. €  
 Umfahrung Schlägl 4,0 Mio. Euro



### Wichtige Baubeginne bis zum Jahr 2009

B 309 Enns-Steyr 100,0 Mio. €  
 Umfahrung Neubau 30,0 Mio. €  
 Umfahrung Haid I 2,9 Mio. €  
 Umfahrung Lenzing 20,7 Mio. €  
 Umfahrung Doppl 2 14,0 Mio. €  
 Umfahrung Pettenbach 5,1 Mio. €  
 Umfahrung Gmunden Ost 6,9 Mio. €  
 Umfahrung Parzham 7,0 Mio. €  
 Umfahrung Lasberg 4,3 Mio. €

**Die Wahlkarte** in ihrer Urform gab es schon in der ersten Republik, 1949 wurde erstmals die Wahl in besonderen Wahlsprengeln ermöglicht. Seither hat sich die Mobilität von Wählerinnen und Wählern stetig vergrößert. „Ab 1990 konnten Auslandsösterreicherinnen und Auslandsösterreicher sowie Urlauberinnen und Urlauber gleichermaßen unter bestimmten Bedingungen von ihrem Stimmrecht außerhalb der österreichischen Grenzen Gebrauch zu machen“, erläuterte Stein. Es sollte jedoch noch bis zur Novelle 2007 dauern, um eine „echte Briefwahl“, angelehnt an das deutsche Modell, für die postalische Stimmabgabe innerhalb der Landesgrenzen – und ohne Zeugen vom Ausland aus – einzuführen. Für Auslandsösterreicher kam es 2007 zu zahlreichen Erleichterungen, etwa durch die Zulässigkeit einer amtswegigen Zustellung der Wahlkarte für die Dauer von maximal zehn Jahren im Rahmen eines „Abonnements“.

„Wie in Deutschland gibt es bei der Briefwahl in Österreich nun eine eidesstattliche Erklärung“, erklärte Mag. Gregor Wenda bei der Vorstellung der neuen, weißen Wahlkarte. Der stellvertretende Abteilungsleiter beleuchtete die zukünftige Vorgangsweise bei einer Briefwahl, die Beurteilung der Gültigkeit der Stimme und die Zuleitung der Wahlkarten zu den zuständigen Behörden: „Die Briefwahl ist ein zusätzliches Angebot an die Wähler, keine Verpflichtung.“ Dem Gesetzgeber sei es ein Anliegen gewesen, das reguläre Wahlkartensystem für die Stimmabgabe vor einer Wahlbehörde neben dem Briefwahlsystem aufrecht zu erhalten.

Robert Stein erörterte zahlreiche legislative Änderungen,



**Gregor Wenda, Mathias Vogl, Robert Stein.**

die ebenfalls in der Novelle 2007 umgesetzt werden konnten – so wurden etwa der Austausch des Zustellungsbevollmächtigten (§ 45 Abs. 2 NRWO), die Einbringung der Bundeswahlvorschläge (§ 106 Abs. 2 NRWO) und die Pauschalierungsregelungen angepasst. Die Bundeswahlbehörde wurde von 9 auf 15 Parteienvertreter aufgestockt, damit alle im Nationalrat vertretenen Parteien repräsentiert sein können.

Die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für internationale Wahlbeobachtungsmissionen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) stellte einen weiteren Schwerpunkt der Wahlrechtsreform 2007 dar. „Bis zu dieser Gesetzesänderung war auf Grund der Vorgabe der strikten Wortinterpretation wahlrechtlicher Normen durch den Verfassungsgerichtshof in Österreich keine offizielle Wahlbeobachtung zulässig“, betonte Gregor Wenda. Die Zusammenarbeit mit der OSZE habe in Wahlsachen zwar seit 1990, als Österreich erstmals das „Kopenhagener Dokument“ der OSZE und

die dort festgelegte Wahlbeobachtung mit unterstützt hatte, im Rahmen eines stetigen inoffiziellen Erfahrungsaustausches sehr gut funktioniert, die Anwesenheit von Beobachtern in den Wahlkommissionen wäre aber ohne rechtliche Normierung in der Nationalratswahlordnung 1992 auch weiterhin nicht durchführbar gewesen. Seit 2007 gibt es eine klare Regelung des Zusammenspiels des Außenministeriums mit dem Innenministerium. „Auch die erforderlichen Fristen und Meldungsketten für die OSZE wurden geändert“, sagte Wenda.

**E-Voting.** Das Langzeitthema „E-Voting“ fand in der Wahlrechtsreform 2007 keinen Niederschlag, dennoch wurde das BMI auf Grund eines Ministerratsbeschlusses mit der Prüfung der elektronischen Stimmabgabe betraut. Abteilungsleiter Stein erläuterte, dass unter dem Begriff „E-Voting“ heute sowohl die Stimmabgabe in einem Wahllokal unter Einbindung eines elektronischen Systems, als auch das Votieren von außerhalb verstanden werden könne –

zum Beispiel mittels Computer oder Handy. In Österreich bestehe derzeit vor allem Interesse an der elektronischen Distanzwahl via Computer. Das Innenministerium verfolge die Entwicklungen in anderen Staaten, etwa in Estland, oder die Pläne der Einführung von E-Voting bei österreichischen Hochschulwahlen mit Interesse.

Nach Abschluss der Wahlrechtsreform auf Bundesebene sind derzeit die neun Länder gefordert, ihre Wahlrechtsordnungen an die bundesgesetzlichen Vorgaben anzupassen. In vielen Bundesländern sei dieser Prozess durch nahende Wahlen bereits abgeschlossen, in anderen sei er noch im Gange, berichtete Stein. „Die Wahlrechtsreform 2007 war das erste Projekt der neuen Bundesregierung, das der Verwaltungsreform gedient hat“, strich Sektionschef Dr. Mathias Vogl zum Abschluss des juristischen Workshops hervor. Die Reform „wird nicht nur im Vollzug Verbesserungen zeigen, sondern auch den Bürgerinnen und Bürgern viele Vorteile bringen.“

*Bianca Pörner*